

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

09.02.2023

Inhalt

EWN

1 Lärm im Industriegebiet Lubmin: Nachts ist es zu laut <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 09.02.2023</i>	3
2 Energiekrise – Bund zahlt Millionen für MV-Wirtschaft <i>nordkurier.de, 07.02.2023</i>	4
3 MicroStep-Technologie für sicheren Rückbau von Atomkraftwerken im Einsatz <i>deutscherpresseindex.de, 09.02.2023</i>	5
4 Region fordert vom Bund: Verzichtet auf „Schacht Konrad“ <i>Braunschweiger-Zeitung.de, 08.02.2023</i>	8
5 Sensoren in Atommülllagern registrierten Erdbeben <i>epd Basisdienst, 08.02.2023</i>	9

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 09.02.2023 | S. 7

📄 Auflage: 27.664 | Reichweite: 70.189

👤 Martina Rathke

ÄRGER IM INDUSTRIEGEBIET

Lärm im Industriegebiet Lubmin: Nachts ist es zu laut

Einwohner aus Spandowerhagen klagen über Lärm, seitdem das LNG-Terminal in Lubmin seinen Betrieb aufgenommen hat. Erste Messungen kamen zu dem Ergebnis, dass nachts Grenzwerte überschritten werden. Was jetzt passiert:

Einen Monat nach Beginn der Lärmmessungen im Umkreis des LNG-Terminals von Lubmin liegen die ersten Messergebnisse vor. Demnach werden im Nachbarort Spandowerhagen die Grenzwerte in der Nacht überschritten. Die Messungen im Haus einer Einwohnerin, die sich über die tieffrequenten Geräusche beschwert hatte, ergaben eine unzulässige Belästigung im Frequenzbereich zwischen 31,5 Hz und 40 Hz, wie das Umweltministerium am Mittwoch, 8. Februar, mitteilte. Der geltende Anhaltswert von null dB sei während der Nachtstunden um vier dB überschritten worden. Die Spandowerhagener hatten seit Mitte Dezember über ein permanentes tieffrequentes Wummern geklagt, nachdem das große Regasifizierungsschiff „Neptune“ (FSRU) für das LNG-Terminal in das Hafenbecken von Lubmin verlegt worden war. Das Dorf liegt nur etwa zwei Kilometer vom Hafen entfernt. Zu dem Verursacher machte das Ministerium noch keine Angaben, da die Messungen im Industriegebiet von Lubmin noch nicht abgeschlossen sind.

LNG-Terminal: Krach aus Lubmin sorgt im Nachbardorf für Ärger

Östlich von Lubmin liegt Spandowerhagen. Seitdem das Spezialschiff für das LNG-Terminal im Lubminer

Hafen liegt, ist in dem Dorf ein Wummern zu hören. Einwohner sind genervt und fordern Auflagen für den Betreiber. Doch ihre Chancen stehen schlecht.

Das Ministerium rechnet in den nächsten Tagen mit Ergebnissen. Fest steht schon jetzt, der Verursacher muss Maßnahmen ergreifen, um den Lärm zu reduzieren. „Sowie hier der Verursacher zweifelsfrei feststeht, können und werden die erforderlichen Minderungsmaßnahmen aufgegeben“, so Umweltminister Till Backhaus (SPD). Die Anwohner bringen den Lärm mit dem LNG-Terminal der Deutschen Regas in Verbindung.

Die Bürger fühlen sich durch die Lärmmessungen bestätigt. „Das ist eine gute Botschaft für uns als Spandowerhagener“, sagte Einwohner Ingo Gudusch. Schallreduzierungsmaßnahmen seien nun unerlässlich. „Es geht um unsere Gesundheit.“ Auch außerhalb der Häuser hatte das Ministerium Messgeräte aufstellen lassen. Diese Messungen in dem Dorf sind noch nicht abgeschlossen. Die Geräusche sind nach Angaben der Bewohner noch immer zu hören - vor allem dann, wenn Gas angeliefert werde. „In der Nacht zu Montag war es besonders schlimm“, sagt Gudusch. Ohne Ohropax sei an Schlaf nicht zu denken gewesen.

Energiekrise – Bund zahlt Millionen für MV-Wirtschaft

Fast schien es so, als seien in der Energiekrise Nutzer von Öl, Pellets, Briketts oder Flüssiggas bei den Hilfen vergessen worden. Jetzt aber gibt es offenbar doch Geld vom Bund.

Schwerin. Aufatmen in Teilen der Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns: Der Bund plant nun offenbar doch, Härtefallhilfen für Unternehmen mit Heizöl, Holz oder Pellets zuzulassen. Über einen entsprechenden Beschlussentwurf für die Sitzung des Haushaltsausschusses des Bundestages soll nach Informationen des Nordkurier am Dienstag entschieden werden.

Mecklenburg-Vorpommerns Wirtschaftsminister Reinhard Meyer begrüßt das Einlenken auf Bundesebene. „Das ist das absolut richtige Signal, auf das die Wirtschaft lange gewartet hat. Damit wird vor allem auch dem Druck der Bundesländer Rechnung getragen. Durch das Hin und Her in Berlin ist unnötig Zeit verloren worden“, sagte der SPD-Politiker in einer ersten Stellungnahme.

Es sei jetzt umso wichtiger, dass Unternehmen mit leistungsungebundenen Energieträgern wie Heizöl, Holz oder Pellets unter den Anwendungsbereich der geplanten Förderung fallen. Vor allem kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) müssten – wie private Verbraucher auch – weiter entlastet werden. Entscheidend sei, dass die ursprünglich vereinbarte Unterstützung für Härtefallhilfen vollständig zur Verfügung gestellt wird, sagte Meyer in Schwerin.

Hintergrund: Seit mehreren Monaten ringen Länder

und Bund um finanzielle Unterstützung für Nutzer von Öl, Pellets, Briketts oder Flüssiggas – zuletzt hatte es so ausgesehen, als würde der Bund Hilfen für Unternehmen nicht gewähren. Anders als bei privaten Verbrauchern – dort soll es Hilfen geben.

Allerdings sind sich Bund und Länder bei den Auszahlungsmodalitäten für den privaten Bereich nicht einig. Während der Bund auf ein kompliziertes bürokratisches Prozedere setzt, bei dem die Verbraucher im Einzelfall nachweisen müssen, dass sich ihre Energiekosten im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt hätten, setzt Mecklenburg-Vorpommern auf eine pauschale Auszahlung. In dieser Woche soll ein erster Entwurf vorgelegt werden.

In Mecklenburg-Vorpommern stehen für besondere Härtefälle insgesamt 50 Millionen Euro zur Verfügung: 20 Millionen Euro vom Bund für die sogenannte KMU-Härtefallregelung, 20 Millionen Euro vom Land, mit denen die Regelung des Bundes verstärkt oder eigene Regelungen finanziert werden können sowie weitere zehn Millionen Euro für Härtefalldarlehen bei Materialpreissteigerungen und Lieferkettenstörungen.

„Darüber hinaus übernimmt das Land Ausfallbürgschaften zur Absicherung von Kreditfinanzierungen, um die Liquidität der Wirtschaft zu sichern“, betonte Meyer.



📄 deutscherpresseindex.de | 09.02.2023 | Reichweite: 40.000

🔗 WEBLINK

MicroStep-Technologie für sicheren Rückbau von Atomkraftwerken im Einsatz

Die Uhr tickt: Mit der Laufzeitverlängerung bis 15. April hat aus aktueller Sicht der Atomausstieg in Deutschland einen finalen Termin. Unabhängig davon, ob die Laufzeit nochmals angepasst wird oder ob in anderen Ländern weiter auf Atomkraft gesetzt wird – es kommt der Tag, an dem die Technologie aufwändig und sicher zurückgebaut werden muss. Hierbei spielt in Deutschland MicroStep-Technologie eine zentrale Rolle.

Mit seinen vielfältigen Lösungen an CNC-gesteuerten Highend-Schneidanlagen mit Plasma-, Laser-, Wasserstrahl- und Autogenschneidtechnologie ist MicroStep in mehr als 50 Ländern in vielen hunderten Produktionen weltweit vertreten. Da Schneidanlage, Steuerung und Software aus einem Haus kommen ist MicroStep auch gefragter Ansprechpartner für Sonderlösungen rund um den Zuschnitt und darüber hinaus. Beispielsweise bei der Steuerung von Wasserkraftwerksturbinen oder bei unterschiedlichen Roboterapplikationen – aber auch beim Rückbau von Atomkraftwerken kommen MicroStep-Technologien zum Einsatz.

Die Geschichte begann mit einem Projekt in der Slowakei Mitte der 2000er Jahre: Gesucht wurden Lösungen zur Entsorgung des Blocks A1 des Kernkraftwerks Jaslovské Bohunice, 60 km nordöstlich der slowakischen Hauptstadt Bratislava. Damals wurde in enger Zusammenarbeit mit technologischen Partnern ein Portfolio von Geräten zur Messung der Strahlung von in Behältern gelagerten nuklearen Abfällen (mit Gammasonden) und zur Messung der Radioaktivität der Abluft in den Schornsteinen der Anlage entwickelt. Seit 2007 hat MicroStep dutzende unterschiedliche Systeme an nukleare Entsorgungseinrichtungen, Nuklearinstitute und Kraftwerke geliefert – die meisten davon nach Mittel- und Osteuropa.

EWN kümmert sich um Rückbau, Entsorgung, Lagerung und weitere organisatorische Aufgaben

Mit der Lieferung von speziellen Strahlungsmesskamern an die **EWN** GmbH ist MicroStep-Technologie seit 2020 auch in Deutschland im Einsatz für den Rückbau von Atomkraftwerken. Die **Entsorgungswerk für Nuklearanlagen** GmbH, früher bekannt als Energiewerke Nord, ist ein staatliches Unternehmen, das

sich auf den Rückbau und die Entsorgung stillgelegter Kernkraftwerke spezialisiert hat. Seit 1995 ist die **EWN** unter anderem für die ehemaligen Kernkraftwerke Greifswald/Lubmin in Mecklenburg-Vorpommern und Rheinsberg in Brandenburg zuständig.

Diese Tätigkeit ist aufwändig. Denn die Lebensdauer einer Kernkraftanlage endet nicht mit deren Abschaltung. Je nach Stilllegungsmethode kann die Lebensdauer in Ausnahmefällen sogar länger sein als der aktive Betrieb. Ob sofortiger Rückbau oder Ausnahmefall – der Prozess nimmt jeweils viele Jahre in Anspruch.

Vom Kernreaktor zum einzelnen Betonelement – alles muss auf Strahlung überprüft werden

Schließlich gilt es die gesamte Einrichtung abzubauen. Das Kernkraftwerk ist weit mehr als der Kernreaktor selbst. Es gibt viele Komponenten wie Pumpen, Rohre und Betonbauten, die auf konventionellem Wege als Metallschrott oder als zerkleinerter Beton im Straßenbau sicher recycelt werden können. Durchschnittlich sind so rund drei Viertel der gesammelten Materialien wiederverwendbar. Die restlichen Materialien sind in unterschiedlichem Maße radioaktiv und müssen nach Möglichkeit dekontaminiert werden oder wie im Falle von abgebrannten Brennelementen als radioaktive Abfälle sicher verwahrt und gelagert werden.

Ob Wiederverwertung oder Lagerung – das hängt von einem sorgfältigen Prüfverfahren ab. Durch eine umfassende Strahlungsmessung wird sichergestellt, dass die für das Recycling vorgesehenen Materialien nicht (mehr) gefährdend sind, dass der Dekontaminationsprozess ordnungsgemäß durchgeführt wurde und dass die Lagerbehälter für radioaktive Abfälle undurchlässig sind. Für den Schutz von Menschen, Tie-

ren und Umwelt kommen für diese Aufgaben spezielle maschinelle Systeme zum Einsatz.

Enge Entwicklungspartnerschaft zwischen MicroStep und weiteren Technologieunternehmen

Zur Überwachung und Sicherstellung der Güter betreibt das **EWN** in Greifswald zwei Strahlungsmesskammern. Im Jahr 2020 waren die vorhandenen Geräte am Ende ihrer Lebensdauer angelangt und mussten ersetzt werden. Die eingesetzten Kammern waren Auslaufmodelle, entsprechend wurde der Markt nach modernen und dauerhaften Lösungen sondiert. Der Generallieferant von **EWN** für Strahlungsmessgeräte, die international tätige Firma Mirion Technologies (Canberra) GmbH, holte sich geeignete Partner ins Boot – MicroStep und TechMart s.r.o., einen spezialisierten Anbieter von Strahlungsmesstechnik. Gemeinsam wurde in Rekordzeit eine Messkammer der neuen Generation, die RTM643NG, entwickelt. Zwei Komplettanlagen wurden schließlich hergestellt. Diese sind seitdem verlässlich im Einsatz.

Automatisierte Lösung für größtmögliche Sicherheit

Jede der beiden Kammern ist mit einem Kettenförderband ausgestattet, das Behälter mit Material (Beton, Schutt, Erde, Metallteile oder gebrauchte Schutzausrüstungen) in die Messkammer selbst hin und wieder zurückbefördert. Auf dem Weg zur Kammer wird der Behälter automatisch gewogen und muss ein Tor aus Lichtstrahlen und Sensoren passieren. Dabei wird sichergestellt, dass die zulässige Größe nicht überschritten wird und es durch herausragende Teile nicht zu einer Kollision mit der Messkammer kommen kann. Jede Messkammer ist mit speziellen, von TechMart gelieferten Bleiplatten abgeschirmt, die in einen Stahlrahmen eingelassen sind. In den Wänden und Türen auf der Innenseite befinden sich großflächige, hochempfindliche Szintillationszähler zur Strahlungsmessung, 16 in jeder Kammer, die in einer speziellen Messgeometrie angeordnet sind.

Bedient wird die Anlage außerhalb der Messkammer auf einer freistehenden Konsole, die mit einem Touchscreen mit moderner Benutzeroberfläche ausgestattet ist. Im Standard-Automatikbetrieb muss lediglich der Behälter aufgelegt und der „Start-Befehl“ erteilt werden. Bei Bedarf kann der Bediener die Position des Waagentisches, des Behälters und der Fronttür aber auch manuell steuern. Die Messung selbst dauert in der Regel zwischen 10 und 30 Sekunden und liefert eins von zwei Ergebnissen: Die Strahlenbelastung liegt entweder unter dem von der deutschen Regierung festgelegten strengen Grenzwert und das Material kann für das allgemeine Recycling freigegeben wer-

den, oder der Grenzwert wurde überschritten und das Material muss als radioaktiver Abfall behandelt werden.

Die erste Kammer wurde Ende 2020 geliefert, die zweite ein Jahr später. Beide sind seither durchgehend in Betrieb. „MicroStep ist stolz darauf, einen Beitrag zum sicheren Rückbau der deutschen nuklearen Einrichtungen zu leisten. Mit der Erfahrung aus früheren Projekten konnten wir mit unseren Partnern eine individuelle und hochautomatisierte Lösung entwickeln, die dem Personal größtmögliche Sicherheit bietet und natürlich die Gewissheit, dass die recycelbaren Stoffe auch wirklich unbedenklich sind und nur die wirklich notwendigen Materialien als radioaktiver Abfall entsorgt werden müssen“, sagt Dr.-Ing. Alexander Varga, Mitgründer und Entwicklungschef von MicroStep.

ZITAT

„Mit der Erfahrung aus früheren Projekten konnten wir mit unseren Partnern eine individuelle und hochautomatisierte Lösung entwickeln, die dem Personal größtmögliche Sicherheit bietet und natürlich die Gewissheit, dass die recycelbaren Stoffe auch wirklich unbedenklich sind und nur die wirklich notwendigen Materialien als radioaktiver Abfall entsorgt werden müssen!“ - Dr.-Ing. Alexander Varga, Entwicklungschef | MicroStep

Die in Mecklenburg-Vorpommern ansässige **Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH (EWN)** ist ein staatliches Unternehmen, das sich auf den Rückbau und die Entsorgung stillgelegter Kernkraftwerke spezialisiert hat. Zum Beispiel gehören die Kernkraftwerke Greifswald/Lubmin in Mecklenburg-Vorpommern und Rheinsberg in Brandenburg zum Tätigkeitsbereich der **EWN** GmbH und seiner mehr als 2000 Mitarbeiter. Zu den weiteren Aufgaben des Unternehmens gehören die Entsorgung und Zwischenlagerung von abgebrannten Brennelementen und radioaktiven Reststoffen, die Organisation der Endlagerung und das damit verbundene Ablieferungsmanagement radioaktiver Abfälle für die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger.

Über die MicroStep Europa GmbH

MicroStep zählt zu den weltweit führenden Herstellern CNC-gesteuerter Schneidsysteme. Das Unternehmen entwickelt und produziert Plasma-, Autogen-, Laser- und Wasserstrahl-Schneidanlagen – von kleinen CNC-Maschinen für Schulen und Werkstätten bis hin zu maßgeschneiderten Fertigungsstraßen für

Schiffswerften, Stahlcenter oder die Automobil- und Luftfahrtindustrie. Zudem bietet MicroStep vielfach erprobte Automationslösungen: Vom Materialhandling rund um die Schneidanlage bis hin zur Kommissionierung und Sortierung geschnittener Teile.

Die international tätige MicroStep Gruppe wurde Anfang der 1990er-Jahre in der slowakischen Hauptstadt Bratislava gegründet. Zu ihr gehört die MicroStep Europa GmbH, die speziell für Kunden aus dem deutschsprachigen Raum Beratung, Planung, Finanzierung, Schulung und Support zu allen MicroStep-Produkten bietet. Darüber hinaus entwickelt und vertreibt die MicroStep Europa GmbH weltweit auch eigenständige Produkte & Dienstleistungen für den Zuschnitt und

das Biegen von Werkstücken.

Am Firmensitz im bayerischen Bad Wörishofen betreibt MicroStep Europa das CompetenceCenter Süd, an der Niederlassung in Dorsten (NRW) das CompetenceCenter Nord. Ständig stehen in den beiden Schulungs- und Vorführzentren modernste Schneidlösungen bereit.

Darüber hinaus ist MicroStep in Deutschland noch mit zwei Stützpunkten in Kiel (Schleswig-Holstein) und Berlin vertreten. Für Österreich unterhält MicroStep einen Stützpunkt bei Wien (in Bratislava, Slowakei) und in der Schweiz bei Bern (beim MicroStep-Partner LWB WeldTech AG in Wünnewil).

 Braunschweiger-Zeitung.de | 08.02.2023

 WEBLINK

Region fordert vom Bund: Verzichtet auf „Schacht Konrad“

Oberbürgermeister aus Salzgitter, Braunschweig und Wolfsburg stellen in Hannover weitere Resolution gegen „Konrad“ vor.

Die Bundesregierung soll auf „Schacht Konrad“ als Endlager verzichten. Das haben Vertreter der Region in einem „Appell der Region 2022“ gefordert.

„Wir fordern in unserem Appell gemeinsam, das Standortauswahlverfahren für hochradioaktiven Atommüll auf alle schwach- und mittelradioaktiven Abfälle zu erweitern“, sagte Braunschweigs Oberbürgermeister Thorsten Kornblum (SPD) in Hannover bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinen Amtskollegen Frank Klingebiel aus Salzgitter (CDU) und Dennis Weilmann aus Wolfsburg (CDU). Salzgitters OB Klingebiel betonte weiter: „Weder für mich noch für unsere Unterstützer geht es darum, ein Endlager nicht vor der eigenen Haustür zu haben.“

Wichtige Aspekte wie Rückholbarkeit der Abfälle sowie die Langzeitsicherheit seien aber bei Konrad nicht gegeben oder gar nicht erst beachtet worden, so Klingebiel. Wolfsburgs Oberbürgermeister Weilmann betonte, Sicherheit müsse die oberste Priorität haben. Konrad genüge dem nach heutigem Stand aber nicht. Kornblum sagte, die Region sei durch das Atommülllager Asse bereits stark belastet. Er forderte die Landesregierung auf, über Bundesratsinitiativen entsprechend auf den Bund einzuwirken.

Neue Appelle seit 2015

70.000 Unterschriften waren bereits 2015 dem Bundesumweltministerium übergeben worden, 29 Gemeinden hatten 2016 den Appell der Region beschlossen. „30 Räte und Kreistage der Region setzen erneut ein deutliches Zeichen und beschließen den Appell 2022“, heißt es nun in einer Mitteilung vom 8. Februar. „Die Arbeiten in Schacht Konrad gehen unbeirrt weiter, eine transparente und wissenschaftlich basierte Standortsuche wurde nicht initiiert, im Gegenteil mit dem ungebremsten Ausbau werden weitere Tatsachen geschaffen und der Appell scheint verhallt“, hieß

es zur Begründung des neuerlichen Appells. „Der Planfeststellungsbeschluss stammt aus dem Jahr 2002. In den letzten 21 Jahren hat sich die Welt jedoch weitergedreht. Wir sind es auch nachfolgenden Generationen der Region Braunschweig schuldig, die damalige Entscheidung noch einmal kritisch zu hinterfragen“, forderte Helmstedts Landrat Gerhard Radeck (CDU). Er verwies auch auf das Endlager Morsleben bei Helmstedt. Klingebiel sagte, es mache „fassungslos“, dass sich Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) bisher einem Dialog verweigere. Dagegen habe Landesumweltminister Christian Meyer (Grüne) Gesprächsbereitschaft signalisiert, hieß es.

Umweltverbände reichten Antrag ein

In die „Konrad“-Debatte war wieder Bewegung gekommen: Der Bund für Umwelt und Naturschutz, Landesverband Niedersachsen, und der Landesverband des Naturschutzbundes hatten im Mai 2021 einen Antrag auf „Rücknahme bzw. Widerruf des Planfeststellungsbeschlusses für das Endlager Schacht Konrad“ beim Landesumweltministerium eingereicht. Das Ministerium war seinerzeit Planfeststellungsbehörde. Dieser Antrag werde geprüft, sagte ein Sprecher des niedersächsischen Umweltministeriums am Mittwoch auf Nachfrage. „Die Langzeitsicherheit und der Stand von Wissenschaft und Technik müssen erfüllt sein. Einen Sicherheitsrabatt darf es nicht geben“, hatte Minister Meyer unserer Zeitung Anfang Januar erklärt. Meyer sagt aber auch: „Konrad ist genehmigt worden. Wir sind natürlich rechtstreu.“ Im Koalitionsvertrag von SPD und Grünen in Niedersachsen heißt es, Schacht Konrad werde kritisch gesehen. Über den Antrag der Umweltverbände werde zügig entschieden. Meyers Amtsvorgänger Olaf Lies (SPD) hatte dagegen betont, das Prüfen werde länger dauern. Beobachter erwarten, dass der Bund gegebenenfalls von Weisungsrechten gegenüber dem Land Gebrauch machen könnte, um „Konrad“ durchzusetzen.



📅 epd Basisdienst | 08.02.2023

Sensoren in Atommülllagern registrierten Erdbeben

Peine (epd). Das schwere Erdbeben in der Türkei und Syrien ist auch von Sensoren in den Atommülllagern Asse und Morsleben registriert worden. Die Messdaten hätten ergeben, dass das Beben keine Schäden in den beiden Anlagen verursacht habe, teilte die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) am Mittwoch in Peine mit. Die bundeseigene Gesellschaft betreibt die beiden Lagerstätten für radioaktive Abfälle. Die hoch

empfindlichen Sensoren hatten auch das Tsunami-Beben 2011 in Japan und den Vulkanausbruch Anfang 2022 in Tonga wahrgenommen.

Im früheren DDR-Endlager Morsleben in Sachsen-Anhalt lagern rund 37.000 Kubikmeter Atommüll, im ehemaligen Salzbergwerk Asse II ist es ungefähr die dreifache Menge.